

Auszüge der handelspolitisch interessanten Passagen der EU-Parlamentswahlprogramme

FDP

Nach wie vor gilt es, das Ziel der so genannten „Lissabon-Strategie“ zu erreichen und Europa zur dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsregion der Welt zu machen.

...Dazu sollte auch die verantwortbare Nutzung der Grünen Gentechnik gehören, da sie Umweltbelastungen vermindert, die Ernährungssicherung und die Qualität von Nahrungsmitteln verbessert, sowie Pflanzen für die industrielle Nutzung als nachwachsender Rohstoff optimieren kann. Schließlich ist ein Abschluss der WTO-Welthandelsrunde im Interesse der heimischen Land- und Ernährungswirtschaft sowie der Entwicklungsländer.

CDU

Als exportorientierte und größte Volkswirtschaft in Europa profitiert Deutschland in besonderem Maße vom Welthandel, vom Europäischen Binnenmarkt und den bisherigen EU-Erweiterungen.

2.1 Die Soziale Marktwirtschaft global verankern

Die Wirtschafts- und Wertegemeinschaft der Europäischen Union ist ein erfolgreiches Modell. Es wahrt die nationalen Identitäten. Gleichzeitig gewährleistet der Binnenmarkt Marktöffnung und Wettbewerb und berücksichtigt rechtliche, soziale und ökologische Standards zum Nutzen aller. Die EU steht für wirtschaftliche und soziale Sicherheit in Zeiten der Globalisierung.

Mit ihrer Erweiterung von 15 auf 27 Staaten wurde die Europäische Union politisch und wirtschaftlich endgültig zu einem „Global Player“. Europa ist ein starker Akteur bei der Gestaltung der künftigen Weltordnung. Wir wollen einen gerechten Ordnungsrahmen für die globalisierte Wirtschaft durchsetzen und die EU für die Wahrnehmung dieser wichtigen Zukunftsaufgabe weiter stärken.

Wir setzen uns im Rahmen der EU dafür ein, die Handlungsfähigkeit, Transparenz und Effizienz der internationalen Organisationen wie Internationaler Währungsfonds, Weltbank und der Welthandelsorganisation zu verbessern. Sie sind geeignet, die Gestaltung einer freien und menschlichen Weltordnung voranzubringen.

Freier Handel sowie internationaler Wettbewerb sind die entscheidenden Voraussetzungen für globales Wirtschaftswachstum. Durch vergleichbare und faire internationale Wettbewerbsbedingungen schaffen wir Sicherheit für die Menschen. Deutschland wird sich weiterhin für ein Europa einsetzen, das bei der internationalen Durchsetzung der Spielregeln der Sozialen Marktwirtschaft eine Vorreiterrolle übernimmt.

Die CDU will gemeinsam mit der EU mehr Sicherheit für die Menschen. Sicherheit lässt sich in vielen Fällen nur auf globaler Ebene erreichen. Das gilt für die Außen- und Sicherheitspolitik, für Bereiche der Inneren Sicherheit und Rechtspolitik ebenso wie für die Energie- und Umweltpolitik. Sicherheit für die Bürger erlangen wir insbesondere, wenn die EU die bestehenden Institutionen der Völkergemeinschaft für die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte und unabdingbarer ökologischer und sozialer Mindeststandards nutzt.

Ausbeuterische Kinderarbeit und die Ausbeutung von Arbeitnehmern dürfen nicht toleriert werden. Um auch international die Bildung von Monopolen und Kartellen zu verhindern, ist eine international abgestimmte Wettbewerbsordnung notwendig. Unverzichtbar ist auch die Durchsetzung weltweiter Standards zum Schutz des geistigen Eigentums. Treten die Europäer offensiv und erfolgreich für diese Ziele ein, erreichen wir mehr Sicherheit für die Menschen.

SPD

Menschenwürdige Arbeit und die ILO-Kernarbeitsnormen haben mittlerweile Eingang in die Arbeit und Politik der Vereinten Nationen, auch der Weltbank, der G8 und der EU gefunden. Sie müssen aber insbesondere auch im Rahmen der WTO-Verhandlungen und in bilateralen Handelsabkommen stärker und verbindlich berücksichtigt werden. Wir wollen, dass die Europäische Union in ihrer Außenhandelspolitik hierbei mit gutem Beispiel vorangeht und ihre eigenen Anstrengungen noch weiter erhöht.

Nachhaltige Entwicklung verlangt aber mehr als finanzielle Unterstützung. Ohne Menschenrechte, gute Regierungsführung und auch eine aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft kann sie nicht gelingen. Sowohl die deutsche als auch die europäische Entwicklungszusammenarbeit müssen von diesen Prinzipien angeleitet werden. Wichtig ist zudem, dass Handelshemmnisse, Zollbarrieren und Subventionen der Industrieländer weiter abgebaut werden, damit die Entwicklungsländer faire Chancen auf den Weltmärkten haben. Immer wichtiger wird es auch, im Rahmen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit die Bedeutung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz herauszustellen.

Bündnis 90/ Die Grünen

Wir wollen eine gerechte Gestaltung der Globalisierung. Außer Kontrolle geratende Finanzmärkte sind eine Gefahr für wirtschaftliche Stabilität, Arbeitsplätze, Entwicklung, und letztlich auch für das Währungssystem, unter Steueroasen, organisierter Kapitalflucht ihrer Eliten und unter Steuerhinterziehung und Korruption transnationaler Firmen besonders leiden. Die EU muss ihre vielfältigen Instrumente besser aufeinander abstimmen. So dürfen entwicklungspolitische Anstrengungen nicht durch eine verfehlte europäische Handelspolitik konterkariert werden.

In den kommenden Jahren wird sich entscheiden, ob es gelingt, zusammen mit den alten und den neuen weltpolitischen Akteuren eine kooperative internationale Ordnung im Rahmen der Vereinten Nationen zu schaffen und den zu beobachtenden Tendenzen eines Rückfalls in unilaterale und nationalistische Machtpolitik entgegenzutreten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für diesen kooperativen Multilateralismus – jenseits von nationalen und neoliberalen Scheinlösungen.

Handelspolitik auf Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Transparenz verpflichten

Wir wollen die Globalisierung nach den Geboten der ökologischen Nachhaltigkeit, der sozialen Gerechtigkeit und des Ausgleichs zwischen Arm und Reich weltweit gestalten. Dazu brauchen wir eine nachhaltige internationale Strukturpolitik, in der Finanzmarkt-, Klima-, Handels- und Entwicklungspolitik zusammen gedacht und an den universellen Menschenrechten ausgerichtet werden.

Eine besondere Verantwortung hat die Europäische Union in der internationalen Handelspolitik. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für ein faires, multilaterales Handelssystem im Dienste der Armutsbekämpfung, der gerechteren Verteilung des globalen

Reichtums und der nachhaltigen Entwicklung ein. Die Durchsetzung von Umwelt- und Sozialstandards im Welthandel ist dabei ein zentraler politischer Gestaltungsbereich auf dem Weg zu einer gerechten Globalisierung.

Staaten und Unternehmen müssen verpflichtet sein, soziale, ökologische und Menschenrechtsstandards einzuhalten. Im Agrarbereich müssen handelsverzerrende direkte und indirekte Subventionen deutlich verringert und alle Formen der Exportsubventionierung so schnell wie möglich abgeschafft werden. Das Dumping von Lebensmitteln auf den Märkten der Entwicklungsländer muss ein Ende haben. Auf europäischer Ebene wollen wir uns dafür einsetzen, dass Entwicklungsländer im Agrarbereich Schutzmaßnahmen ergreifen dürfen.

Wir wollen uns für eine europaweite Rahmengesetzgebung für Investitionsschutzabkommen einsetzen und dafür sorgen, dass sich die EU-Kommission diesbezüglich auch auf globaler Ebene engagiert. Damit würde die Kompetenz für Investitionsschutzabkommen, die derzeit noch auf nationaler Ebene liegt, auf die europäische Ebene übertragen.

Die europäische Handelspolitik muss transparenter gestaltet werden, damit überhaupt eine kritische zivilgesellschaftliche und parlamentarische Öffentlichkeit entstehen kann. Für die EU-Kommission spielen Umwelt-, Sozialstandards, Klima- und Umweltschutz, Ernährungssouveränität sowie der Ausbau und die Bewahrung öffentlicher Dienstleistungen nur eine untergeordnete Rolle. Das wollen wir im europäischen Parlament ändern und dafür sorgen, dass diese Themen in der europäischen Handelspolitik eine starke Rolle spielen.

Eine ökologisch-solidarische Weltordnung ist das Gegenteil des "Recht des Stärkeren". Das erprobte Konzept des fairen Handels, aber auch das FSC-Siegel für nachhaltige Holzprodukte sind hierfür Vorbilder. Dies wollen wir in der EU weiter ausbauen. Dies sollte die EU durch gezielte Förderprogramme und Subventionen stützen; eine Akzeptanz und Verbreitung solcher Produkte, auch über den engeren Kreis des alternativen Einzelhandels hinaus, sollte das Ziel sein. Zudem möchten wir GRÜNEN ein weiteres Siegel, vergleichbar mit dem Bio-Siegel, das die Einhaltung sozialer und gerechter Standards bei Herkunft und Herstellung zertifiziert, einführen.

WTO reformieren

Wir wollen anerkannte Umwelt-, Arbeits- und Kulturnormen, sowie geographische Bezeichnungen und Ursprungsbezeichnungen viel stärker schützen, statt diese durch die WTO in Frage zu stellen. Für die WTO müssen deswegen die relevanten Konventionen der VN bindend werden und die WTO muss grundlegend reformiert werden. Wir GRÜNEN halten es zudem für erstrebenswert den Wirtschaftsrat der UN gegenüber der WTO zu stärken und langfristig Kompetenzen umzuschichten. Die Handelsliberalisierung ist teilweise zu weitgetrieben worden und darf nicht länger einseitig im Zentrum stehen. Auch die Industriepolitik sich entwickelnder Staaten darf nicht generell durch eine Interpretation des Schutzes geistigen Eigentums behindert werden, der vor allem Firmen nutzt. Mittels der WTO dürfen Entwicklungsländern keine überzogenen Freihandelsabkommen aufgedrängt werden, die die nachhaltige Entwicklung von aufkommenden Industrien und der Landwirtschaft von Entwicklungsländern unterminieren.

Die derzeitigen politischen Mehrheiten im Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission verfolgen unter dem irreführenden Motto "Globales Europa" allerdings das Gegenteil. Konservative und Liberale Kräfte in der EU Kommission setzen auf Deregulierung und stärken bilaterale Abkommen, statt im multilateralen Rahmen zu gestalten.

Die Linke

Die EU verfügt über einen der größten Binnenmärkte der Erde. Der Anteil der Im- und Exporte am Bruttoinlandsprodukt der EU-27 beträgt nur knapp zehn Prozent. 90 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung finden also in der großen EU-Binnenwirtschaft statt. Die Orientierung des EU Vertrages und der europäischen Wirtschaftspolitik auf „globale Wettbewerbsfähigkeit“ ist vor diesem Hintergrund weder ökonomisch stichhaltig noch gesellschaftspolitisch sinnvoll. Die EU muss deshalb ihre einseitige Fixierung auf Exportsteigerung aufgeben und eine nachhaltige, sozial-ökologische Gestaltung der europäischen Binnenwirtschaft und die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe zum Kern ihrer Wirtschafts- und Strukturpolitik machen. So kann sich die EU aus der neoliberalen Globalisierungsfalle herauswinden und dabei gleichzeitig zu einem attraktiven Entwicklungsmodell in der Welt werden. (S.6)

Globale Probleme solidarisch und gemeinsam lösen

Die Menschen im Süden sind die größten Verlierer der Weltwirtschaftskrise. Sie haben bereits in den vergangenen Jahrzehnten unter der Entfesselung der Marktkräfte gelitten. Der Klimawandel vernichtet bereits heute Lebensgrundlagen für Millionen Menschen im Süden. Eine Milliarde Menschen hungert im Süden, weil die Struktur des Welthandels sie in eine tödliche Abhängigkeit getrieben hat. Agrarkonzerne kontrollieren, wer wann was zu welchem Preis zu essen bekommt.

DIE LINKE fordert eine solidarische Entwicklungs-, Außen- und Handelspolitik. Damit einher geht das aktive Engagement für die Erfüllung der Millennium-Entwicklungsziele der UNO, die insbesondere vorsehen, bis 2015 Armut, Hunger, Nahrungs- und Trinkwassermangel, Seuchen und Krankheiten wie Aids/HIV, Malaria, Tuberkulose sowie die Mütter- und Säuglingssterblichkeit, Unterentwicklung und Analphabetismus drastisch zu reduzieren.

Der Missbrauch von Entwicklungszusammenarbeit als Fortsetzung von Kolonialbeziehungen, als Außenwirtschaftsförderung für europäische Unternehmen oder als geostrategisches Instrument, muss beendet werden.

Mit ihrer Außenhandelsstrategie "Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt" („Global Europe“) zielt die EU darauf, europäischen Unternehmen weltweiten Marktzugang zu eröffnen und ihre Weltmarkt- und Profitanteile zu mehren. Die eigene Versorgung mit Energie und anderen Ressourcen sowie die eigenen wirtschaftlichen Interessen bestimmen die europäische Außenwirtschaftspolitik. Statt auf faire Handels- und Entwicklungspartnerschaften und auf multilaterale Übereinkünfte setzt die EU auf einen Mix von multilateralen, bilateralen und regionalen Freihandelsabkommen.

Anstatt durch zivile Krisen- und Konfliktprävention Kriege und weltweit wachsende Kriegsgefahren einzudämmen, Armut und ihre Ursachen, Klimawandel und Umweltzerstörung global zu bekämpfen, rüsten EU-Mitgliedstaaten auf, um auf die zwangsläufigen Konsequenzen ihrer auf Ausbeutung, unfairen Handelsbeziehungen und Umweltzerstörung beruhenden Wirtschaftspolitik mit militärischen Mitteln zu reagieren.

Statt kostspieliger Grenzkontroll-, Überwachungs- und Datenerfassungssysteme zur Abwehr "illegaler" Migration fordert DIE LINKE eine humanitäre Flüchtlingspolitik sowie eine andere Wirtschafts- und Handelspolitik zur Bekämpfung von Armut, Hunger und Unterentwicklung als Ursachen von Flucht.

Für eine verantwortungsvolle Handelspolitik

Mit ihrer Außenhandelsstrategie "Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt" („Global Europe“) zielt die EU darauf, europäischen Unternehmen weltweiten Marktzugang zu eröffnen und ihre Weltmarkt- und Profitanteile zu mehren. Die eigene Versorgung mit Energie und anderen Ressourcen sowie die eigenen wirtschaftlichen Interessen bestimmen die europäische Außenwirtschaftspolitik. Statt auf faire Handels- und Entwicklungspartnerschaften und auf multilaterale Übereinkünfte setzt die EU auf einen Mix von multilateralen, bilateralen und regionalen Freihandelsabkommen.

Bei den Verhandlungen mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP-Staaten) über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) tritt die neoliberale und neokoloniale Ideologie besonders deutlich zutage. Dort und in den Verhandlungen mit anderen Staatengruppen des Südens übt die EU großen politischen und wirtschaftlichen Druck aus, um ihren Konzernen den Zugang zu den Waren-, Agrar-, Dienstleistungs- und öffentlichen Beschaffungsmärkten zu verschaffen.

Zwar bekennen sich EU-Mitgliedstaaten und -Institutionen öffentlichkeitswirksam zu den Millennium-Entwicklungszielen, ihre aggressive Außenwirtschaftspolitik läuft diesen Zielen jedoch entgegen.

Notwendig ist eine zusammenhängende Ausgestaltung der europäischen Außen-, Handels-, Entwicklungs-, Wirtschafts- und Klimaschutzpolitiken. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen der Europäischen Union sind daran zu messen, inwiefern sie die Lösung von globalen sozialen und ökologischen Problemen befördern. Die Entwicklungsinteressen der wirtschaftlich schwächeren Länder müssen gegenüber den europäischen Investoreninteressen geschützt werden. DIE LINKE fordert außerdem: Jede Volkswirtschaft muss das Recht haben, ihre Produzentinnen und Produzenten durch Zölle oder gesetzliche Maßnahmen zu schützen, damit sich die Industrie und Landwirtschaft entwickeln können. DIE LINKE lehnt deshalb Freihandelsabkommen der EU mit den Staaten des Südens ab. Sie fordert den Stopp der EPA-Verhandlungen unter dem neoliberalen Verhandlungsmandat und eine Neuorientierung der Verhandlungsziele auf solidarische, entwicklungspolitisch orientierte Abkommen.

In Verträge sind Entwicklungsklauseln aufzunehmen, deren Umsetzung kontrolliert wird. Die Unternehmen, vor allem die Kreditnehmer der Europäischen Investitionsbank, sollen ihre Geschäftspraktiken offen legen. DIE LINKE fordert, soziale, ökologische, entwicklungspolitische und geschlechtsspezifische Standards in allen außenwirtschaftlichen Aktivitäten festzulegen.

Wir fordern die EU auf, Regeln und Sanktionsmöglichkeiten für den Handel mit „Konfliktressourcen“ festzulegen, um Raubbau und Konflikte um strategische Ressourcen zu verhindern. Die Begünstigung der ärmsten Länder im Handel ist notwendig. Längerfristig sollte die Europäische Union ausgeglichene Leistungsbilanzen und ein Wechselkurssystem anstreben, das hierbei förderlich ist. Die vorhandenen Handelspräferenzsysteme, die bestimmten Ländern für bestimmte Waren zollfreien Zugang zu europäischen Märkten gestatten, müssen auf ihre Entwicklungseffekte überprüft und entsprechend den entwicklungspolitischen Zielsetzungen angepasst werden. Ebenfalls erforderlich sind gezielte Hilfen, um Menschen- und ArbeitnehmerInnenrechte sowie soziale und ökologische Standards anzuheben. Handelsvergünstigungen sowie Wissens- und Technologietransfers der EU könnten hier ein Anreiz sein.

Wir fordern die EU auf, sich in der Welthandelsorganisation (WTO) dafür einzusetzen, dass öffentliche Dienstleistungen beziehungsweise Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge keinen Liberalisierungszwängen unterworfen werden. Ebenso fordern wir, dass sie sich dafür einsetzt, das TRIPS-Abkommen über handelsbezogene Aspekte der geistigen Eigentumsrechte aus dem WTO-System herauszunehmen und hinsichtlich der Problemfelder Technologietransfer, Landwirtschaft, Gesundheit und Biodiversität einer Revision zu unterziehen. Das bisherige Abkommen privatisiert gesellschaftliches Wissen bei den

Konzernen und unterstützt die direkten und kurzfristigen Verwertungsinteressen derselben. Öffentliche Interessen, wie die Erforschung von Arzneimitteln für weniger zahlungsfähige Kranke und die Entwicklungsperspektiven der Entwicklungs- und Schwellenländer, fallen dem zum Opfer.

Die EU muss darauf dringen, dass Maßnahmen zum Schutz des Wissens als öffentliches Gut getroffen und sowohl die öffentliche Forschung als auch die freie Verwendung der Forschungsergebnisse gestärkt werden, dass verstärkt alternative Anreizmechanismen für die Forschung und Entwicklung von Arzneimitteln für vernachlässigte Krankheiten entwickelt und gefördert werden und dass Saatgut, Lebewesen und Pflanzen von Patentierungen ausgeschlossen werden.

Insgesamt ist das TRIPS-Abkommen ebenso wie alle anderen Handels- und Wirtschaftsabkommen mit den Verpflichtungen zur Einhaltung der Menschenrechte, den ILO Kernarbeitsnormen und den internationalen Sozial- und Umweltabkommen in Einklang zu bringen.

Besonderer Handlungsbedarf besteht hinsichtlich des Sonderausschusses zu Handelsfragen (133er-Ausschuss), in dem Lobbyisten über die EU-Handelspolitik und damit auch über die Entwicklungschancen von Millionen von Menschen in den Ländern des Südens mitbestimmen.

DIE LINKE fordert die Ersetzung dieses Gremiums durch eine transparente und demokratische Struktur.